

3. Landesdelegiertenrat

05. September 2008 in Magdeburg



Beschluss: A 14

Planungsstopp für die Altmarkautobahn - Gelder jetzt sinnvoll einsetzen

In die Debatte um die A 14-Nordverlängerung von Magdeburg nach Schwerin, die sogenannte Altmarkautobahn, ist Bewegung gekommen. Spätestens seit sich die voraussichtlichen Baukosten über Nacht um 50 Prozent erhöht haben, hat auch in der Landesregierung das Nachdenken eingesetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordern, keine Zeit mehr mit untauglichen Wiederbelebungsversuchen für das Projekt zu vertun. Stattdessen muss nun den lärmgeplagten Menschen in der Altmark schnell geholfen werden und das für die Autobahn reservierte Geld für sinnvolle Projekte freigegeben werden.

Lösungen für lärmgeplagte Anwohner anstatt wolkige Aussichten

Nicht wenige Menschen versprechen sich vom Straßenbau in der Altmark eine Entlastung ihrer Wohnorte vom Durchgangsverkehr auf der B 71 und der B 189. In der Tat ist laufender Durchgangsverkehr gesundheitsschädlich und zerstört die Lebensqualität in den betroffenen Orten. Wer in dieser Situation Entlastung durch die A 14 verspricht, versucht jedoch die Betroffenen zu täuschen. Denn einerseits dürfte sich die Fertigstellung der A 14 schon allein aus finanziellen Gründen um etliche Jahre verschieben. Und andererseits wäre eine parallel zur Autobahn verlaufende B 189 sehr attraktiv, um der auf der Autobahn fälligen LKW-Maut auszuweichen. Das würde bedeuten, dass sich der besonders belastende LKW-Verkehr in den Ortsdurchfahrten kaum reduzieren ließe. Zudem würde die B 189 nach einer Fertigstellung der A 14 herabgestuft werden. In diesem Fall stehen keine Bundesgelder mehr für Ortsumgehungen zur Verfügung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher, die unsinnigen Planungen zur A 14 sofort aufzugeben und stattdessen mit der Verbesserung der Situation für die Anwohner entlang der B 71 und der B 189 und anderer Orte in Sachsen Anhalt zu beginnen. Die bauliche Umgestaltung der Straßen, innerstädtische Temporeduzierungen und Ortsumfahrungen bringen deutlich geringere Kosten mit sich und lassen sich schneller umsetzen.

Den Interessen der Altmärker an einer Entlastung vom Durchgangsverkehr einerseits und einer verbesserten Erschließung andererseits kann durch einen angemessenen Ausbau von B 71 und B 189 viel besser Rechnung getragen werden. Außerdem sollten beide Bundesstraßen in die Bemaatung aufgenommen werden um sie nicht attraktiver für den LKW-Durchgangsverkehr zu machen und die Klimabelastung zu beschränken.

Amerika-Linie (Uelzen-Salzwedel) zweigleisig ausbauen

Der Güterverkehr der Zukunft wird zu wesentlich größeren Teilen auf der Schiene stattfinden. Daher sollte sich Sachsen-Anhalt für den Ausbau der Schienenverbindungen einsetzen. Dies betrifft in der Altmark die Strecke Uelzen-Stendal, die dringend zweigleisig ausgebaut werden muss.

Skandalöse Kostensteigerung über Nacht

Noch Anfang 2008 bezifferten Bundes- und Landesregierung die Kosten für die Nordverlängerung der A 14 auf 770 Millionen Euro. Auch dies ein unvorstellbarer Betrag, der für die beteiligten Bundesländer schon damals nur mit Hilfe der EU finanzierbar erschien. Dann kam über Nacht eine Kostensteigerung um mehr als 50 Prozent (auf 1,3 Milliarden) ans Licht, weil sich die Planer der bundeseigenen DEGES das Projekt inzwischen näher angesehen hatten.

Die Zahlen wurden im Verkehrsministerium Sachsen-Anhalt offenbar schön gerechnet, um die A 14 politisch durchzusetzen. Die Öffentlichkeit wurde an der Nase herumgeführt. Konsequenzen bisher? Keine. Stattdessen versucht Verkehrsminister Daehre die Schuld wider besseren Wissens dem Naturschutz in die Schuhe zu schieben. Denn tatsächlich war lange bekannt, dass die geplante A 14 mehrere Europäische Schutzgebiete berühren würde. Erhöhte Aufwendungen des Naturschutzes können die Kostensteigerungen demnach nicht erklären.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, die Gründe für die eklatante Fehlkalkulation offen zu legen – und ggf. personelle Konsequenzen zu ziehen. Täuschungsmanöver zur Durchsetzung politischer Ziele sind für uns nicht hinnehmbar.